

# Niederschrift

über die Sitzung des Rates am Donnerstag, dem 27.08.2026

Sitzungsort: Rathaus Lemwerder (Ratssaal)

Beginn: 20:00 Uhr

- öffentlich -

Ende: 21:12 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Ratsfrau Viktoria Heller

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsherr Jörg Bade

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

Ratsherr Harald Helling

Ratsfrau Bianka Ludwig

Ratsherr Borchert Meyer

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsherr Michael Ruminski

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Thorben Schöne

Ratsherr Frank Schwarz

Protokollführer

Henrik Kroog

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter 4 Dennis Paack

Fachbereichsleiter 3 Sven Warns

Fachbereichsleiterin 1 Jutta Zander

für Rat und Verwaltung

Bürgermeisterin Christina Winkelmann

Abwesend:

Mitglieder

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Ratsherr Sven Schröder

Ratsfrau Tanja Sudbrink

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsfrau Antje Warnken

Ratsherr Rainer Wohlers

## **Öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1** der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2** der Beschlussfähigkeit
- 1.3** der Tagesordnung
- 2** Genehmigung der Niederschriften vom 19.03.2026 sowie vom 18. und 25.06.2026
- 3** Bericht der Bürgermeisterin zugleich für den Verwaltungsausschuss
- 4** Beschluss über den Jahresabschluss der Gemeinde Lemwerder für das Jahr 2017  
Vorlage: FB 3/028/2026
- 5** Erwirkung eines Angebots-Bebauungsplans gemäß § 30 Abs. 1 BauGB sowie Änderung/  
Anpassung des Flächennutzungsplans im Bereich des ehemaligen Flugfeld Lemwerder  
Hier: Beschluss zur Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages zwischen SUNVEST  
Germany GmbH und der Gemeinde Lemwerder Vorlage: FB 4/009/2025-26-1
- 6** Wahl eines Vertreters des Gemeinderates für die Gesellschafterversammlung des  
Interkommunalen Gewerbepark Wesermarsch GmbH Vorlage:  
BÜ/030/2026
- 7** Beratung schriftlich eingegangener Anfragen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 8** Einwohnerfragestunde

## **Öffentlicher Teil**

### **1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung**

Die Ratsvorsitzende, Ratsfrau Heller, eröffnet um 20.35 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

#### **1.1 der ordnungsgemäßen Einladung**

Die Einladung zur Sitzung ist allen Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen. Einwände werden nicht erhoben.

#### **1.2 der Beschlussfähigkeit**

An der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates nehmen 14 Ratsmitglieder sowie Bürgermeisterin Winkelmann teil. Die Beschlussfähigkeit gemäß § 65 NKomVG ist damit gegeben.

#### **1.3 der Tagesordnung**

Die Tagesordnung mit insgesamt acht Tagesordnungspunkten ist den Ratsmitgliedern fristgerecht zugegangen.

Einwände, Änderungs- oder Ergänzungswünsche werden wie folgt vorgetragen:

Die Ratsvorsitzende, Ratsfrau Heller, schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 2 „Genehmigung der Niederschriften“ von der heutigen Tagesordnung zu nehmen.

Sie begründet dies damit, dass die Verwaltung innerhalb kurzer Zeit mehrere Niederschriften eingestellt habe und eine angemessene Prüfung daher bislang nicht möglich gewesen sei.

Die Ratsmitglieder erklären sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Die Ratsvorsitzende, Ratsfrau Heller, stellt anschließend, ohne den Vorsitz abzugeben, den Antrag, die noch nicht genehmigten Protokolle bis zu ihrer Genehmigung aus dem öffentlichen Ratsinformationssystem zu entfernen. Sie bittet um Abstimmung über den Antrag.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass es dem Rat freistehe, hierzu einen Beschluss zu fassen. Sie weist jedoch darauf hin, dass sie mit dem beabsichtigten Vorgehen nicht einverstanden sei. Dieses verstoße ihrer Auffassung nach eindeutig gegen die Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften in der zzt. geltenden Fassung. Sie kündigt an, sich hierzu an die Kommunalaufsicht zu wenden.

Bürgermeisterin Winkelmann führt weiter aus, dass es nicht vertretbar sei, kurz vor einer Kommunalwahl sämtliche Protokolle aus dem Ratsinformationssystem zu entfernen und den Bürgerinnen und Bürgern dadurch die Möglichkeit zur Information zu nehmen. Ihr Verständnis von Transparenz unterscheide sich von dem der Antragstellerin. Aus diesem Grund werde sie gegen den Antrag stimmen.

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, erklärt, dass die Geschäftsordnung in einigen Passagen ungenau sei und einer Nachbesserung beziehungsweise Anpassung bedürfe. Die SPD-Fraktion habe hierauf bereits im März 2025 hingewiesen. Eine Anpassung sei bislang jedoch nicht erfolgt..

Ratsfrau Heller erklärt, sie hoffe, dass Rat und Verwaltung gemeinsam einen Weg fänden, die ausstehenden Protokolle noch innerhalb der laufenden Wahlperiode zu genehmigen. Der von ihr gestellte Antrag diene diesem Ziel.

Ratsherr Rosenhagen erklärt, die Geschäftsordnung sei eindeutig und hinreichend bestimmt formuliert. Der Antrag von Ratsfrau Heller sei daher rechtswidrig und abzulehnen. Aus diesem Grund werde er gegen den Antrag stimmen.

Ratsfrau Ludwig erklärt, dass sie ebenfalls gegen den Antrag stimmen werde. Sie halte es für äußerst bedenklich, wenn sich die Bürger\*innen nicht über die betreffenden Angelegenheiten informieren könnten. Die angesprochenen Angelegenheiten sollten nach der Wahl beraten werden, um eine sachgerechte Aufklärung zu ermöglichen. Es sei bislang nicht nachgewiesen, dass die Protokolle fehlerhaft verfasst worden seien. Daher müsse die Möglichkeit bestehen, die Angelegenheiten in Ruhe aufzuklären.

Ratsherr H. Schöne stellt fest, dass die Bürger\*innen derzeit nicht ausreichend informiert würden. Er halte es jedoch nicht für sachgerecht, die Bürger\*innen aufgrund der fehlerhaften Protokolle falsch zu informieren.

Er bittet darum, die ausstehenden Protokolle innerhalb von 14 Tagen vorzulegen.

Ratsherr Rosenhagen erklärt, dass dadurch die eigentliche Thematik verwischt werde. Die Protokolle seien nicht falsch. Vielmehr bestünden bei einzelnen Ratsmitgliedern

abweichende Auffassungen zu den protokollierten Inhalten. Es gebe eine Differenz zwischen der Auffassung einzelner Ratsmitglieder und der Auffassung des Protokollführers. Abschließende Klarheit könne nur ein Wortprotokoll schaffen. Dieses werde, wie Bürgermeisterin Winkelmann bereits in der unmittelbar vor der Ratssitzung stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung mitgeteilt habe bereits zu bestimmten Punkten erstellt. Die Aussage, dass die Bürger\*innen falsch informiert würden, sei daher nichtzutreffend.

Bürgermeisterin Winkelmann bestätigt die Ausführungen von Ratsherrn Rosenhagen. Sie erklärt, dass das Verfahren in der Geschäftsordnung geregelt sei und seit Jahren entsprechend praktiziert werde. Dies sei auch den bereits länger amtierenden Ratsmitgliedern bekannt.

Bürgermeisterin Winkelmann führt weiter aus, dass sie nichts dagegen habe, die Genehmigung einzelner Protokolle in der heutigen Sitzung zu vertagen. Es sei jedoch ein weitreichender Schritt, sämtliche Protokolle aus dem Ratsinformationssystem zu entfernen und den Bürger\*innen dadurch Informationen vorzuenthalten. Die Protokolle seien nicht insgesamt fehlerhaft. Diese erhebliche Unterstellung weist sie zurück. Es könne sein, dass einzelne Formulierungen von Ratsmitgliedern anders bewertet würden. Die entsprechenden Hinweise würden von der Verwaltung aufgenommen und aufgearbeitet. Mit der Aufarbeitung sei bereits begonnen worden.

Bürgermeisterin Winkelmann verweist beispielhaft auf das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung vom 21. Mai 2026, an der Frau Würger und Herr Bühnemann von der Kommunalaufsicht des Landkreises Wesermarsch teilgenommen haben.

In dieser Sitzung seien möglicherweise Aussagen getroffen worden, die nicht allen Ratsmitgliedern zusagten. Dies rechtfertige jedoch nicht, das Protokoll aus dem Ratsinformationssystem zu entfernen.

Ratsherr H. Schöne nimmt Bezug auf die Ausführungen von Ratsherrn Rosenhagen. Er erklärt, dass die Protokolle nicht insgesamt falsch seien, jedoch Fehler enthielten. Anschließend beginnt er, aus dem Protokoll einer Sitzung des Verwaltungsausschusses zu zitieren.

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, weist darauf hin, dass der Verwaltungsausschuss nicht öffentlich tage und daher in einer öffentlichen Ratssitzung keine Zitate aus Sitzungen des Verwaltungsausschusses vorgetragen werden dürften.

Ratsherr Ammermann weist darauf hin, dass die Sitzungen des Verwaltungsausschusses nicht öffentlich seien und über deren Inhalte nicht gesprochen werden dürfe. In den Protokollen seien einzelne aus seiner Sicht unwesentliche Punkte enthalten, die gestrichen werden könnten. Im Wesentlichen seien die Protokolle jedoch nicht fehlerhaft. Bei einigen protokollierten Punkten bestünden lediglich abweichende Auffassungen. Dies betreffe nur wenige Punkte. Nach seiner Einschätzung seien 99 Prozent der Protokolle zutreffend.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es schließt sich die Abstimmung an.

## **1. Absetzung der Genehmigung einzelner Niederschriften von der Tagesordnung**

Der Rat beschließt mehrheitlich, die Genehmigung der Niederschriften vom 13.09.2026 sowie vom 18.06.2026 und 25.06.2026 von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen.

### **Abstimmungsergebnis:**

|             |   |
|-------------|---|
| Ja:         | 9 |
| Nein:       | 1 |
| Enthaltung: | 5 |

Über die genannten Niederschriften wird in der heutigen Sitzung nicht abgestimmt. Die Sitzung wird nach der geänderten Tagesordnung fortgeführt.

## **2. Entfernung noch nicht genehmigter Ratsprotokolle aus dem Ratsinformationssystem**

Vor der Abstimmung erkundigt sich die Ratsvorsitzende, Ratsfrau Heller, bei Bürgermeisterin Winkelmann, ob Rat und Verwaltung gemeinsam klären wollen, wie die ausstehenden Ratsprotokolle noch innerhalb der laufenden Wahlperiode genehmigt werden können.

Bürgermeisterin Winkelmann erklärt, dass die Verwaltung die Anmerkungen von Ratsmitgliedern in den noch ausstehenden Protokollen prüfen werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Es schließt sich die Abstimmung über den Antrag an.

Der Rat beschließt mehrheitlich, sämtliche Ratsprotokolle, die noch nicht durch den Rat genehmigt worden sind, bis zu ihrer Genehmigung aus dem Ratsinformationssystem zu entfernen.

### **Abstimmungsergebnis:**

|             |   |
|-------------|---|
| Ja:         | 9 |
| Nein:       | 6 |
| Enthaltung: | 0 |

Damit wird mehrheitlich beschlossen, sämtliche Ratsprotokolle, die noch nicht durch den Rat genehmigt worden sind, bis zu ihrer Genehmigung aus dem Ratsinformationssystem zu entfernen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

## **2 Genehmigung der Niederschriften vom 19.03.2026 sowie vom 18. und 25.06.2026**

Die Genehmigung der Niederschriften wird vertagt (vgl. TOP 1.3).

## **3 Bericht der Bürgermeisterin zugleich für den Verwaltungsausschuss**

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss seit der letzten Ratssitzung unmittelbar vor der heutigen Ratssitzung getagt hat. Die Sitzung des Verwaltungsausschusses ist zum Zeitpunkt der Ratssitzung noch nicht vollständig abgeschlossen und wird im Anschluss an die jetzige Ratssitzung fortgesetzt. Eine vollständige Berichterstattung ist daher derzeit nicht möglich. Die noch ausstehenden Auskünfte erteilt Bürgermeisterin Winkelmann in der nächsten Ratssitzung.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt Folgendes mit:

### **1. Öffnung des Deichschaarts**

Das Deichschaart wird rechtzeitig zum am kommenden Wochenende stattfindenden Drachenfest vorübergehend für alle Verkehrsteilnehmer wieder geöffnet.

### **2. Erneuerung des Radwegs und der Straßenbeleuchtung zwischen Dunwarden und Lemwerder**

Der Radweg zwischen Dunwarden und Lemwerder wird ab dem 08.09.2026 erneuert. Im Zuge dieser Maßnahme werden außerdem zwölf Laternen der Straßenbeleuchtung der Gemeinde Lemwerder ausgetauscht. Das Bauende ist für den 06.10.2026 vorgesehen. Bürgermeisterin Winkelmann ergänzt, dass es sich bei der Sanierung des Radweges um eine Maßnahme des NLStBV handelt. Die am Radweg befindlichen Straßenlaternen finden sich im Eigentum der Gemeinde Lemwerder und werden daher durch diese ersetzt. Die NLStBV geht in Vorleistung.

### **3. Anschaffung eines Defibrillators für die BEGU**

Mit Unterstützung einer Spende der LZO wurde für die BEGU Lemwerder ein Defibrillator angeschafft.

Anschließend ergeben sich Wortmeldungen aus den Reihen der Ratsmitglieder.

Ratsherr Bade erkundigt sich nach den zur Erneuerung vorgesehenen Straßenlaternen. Er fragt, ob die neuen Laternen in das bestehende System eingebunden werden und ob die Nachrüstung eines intelligenten Beleuchtungssystems möglich ist.

Fachbereichsleiter Paack erklärt dazu, dass die Leuchtenköpfe mit einer entsprechenden Schnittstelle für eine spätere Aufrüstung von Sensorik usw. vorbereitet sind. Eine Nachrüstung mit einem intelligenten Beleuchtungssystem ist bei den neuen Laternen grundsätzlich möglich.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht. Der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

## **4 Beschluss über den Jahresabschluss der Gemeinde Lemwerder für das Jahr 2017 Vorlage: FB 3/028/2026**

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, stellt den nachfolgenden Inhalt vor:

Die Gemeinde Lemwerder hat dem Rechnungsprüfungsamt (RPA) des Landkreises Wesermarsch den Jahresabschluss 2017 zur Prüfung vorgelegt. Das RPA hat den Jahresabschluss 2017 gemäß § 155 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG in der Zeit vom 11.05. bis 22.05.2026 geprüft. Das RPA hat gemäß § 156 Abs. 3 NKomVG einen Schlussbericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2017 erstellt und diesen der Gemeinde Lemwerder übermittelt. Der Prüfungsvermerk wurde am 23.06.2026 erstellt.

Es wurde folgender Prüfungsvermerk erteilt:

Nach den bei der Prüfung gewonnen Erkenntnissen entspricht der Jahresabschluss teilweise nicht den gesetzlichen Vorschriften. Insbesondere die in diesem Prüfungsbericht genannten Verstöße gegen die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung führen dazu, dass die

tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde Lemwerder aus nachfolgenden Gründen nur eingeschränkt richtig dargestellt wird:

Es folgt die Aufzählung von 6 Beanstandungen auf Seite 30 des Prüfungsberichts.

Zusammengefasst kann festgehalten werden, dass Buchungsfehler, Haushaltsüberschreitungen, fehlende Umsetzung der Vorgaben aus § 21 KomHKVO – Steuerung und Fehler in der Anlagenbuchhaltung zu den Beanstandungen geführt haben.

Die Beanstandungen werden im Jahr 2018 berichtigt.

Das Jahresergebnis 2017 weist in der Ergebnisrechnung einen Überschuss in Höhe von € 10.711.830,26 aus. Der Überschuss wird mit den Jahresfehlbeträgen aus Vorjahren in Höhe von € 6.932.050,49 verrechnet, so dass ein Jahresergebnis in Höhe von € 3.779.779,77 besteht.

Die Auflistung der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen erfolgt auf Seite 26 des Prüfungsberichts. Es wurden über- und außerplanmäßige Auszahlungen über € 4.996,22 getätigt. Diese sind gemäß § 117 Abs. 1 S. 2 NKomVG von unerheblicher Bedeutung und somit nicht zustimmungspflichtig.

In der unmittelbar vor der Ratssitzung stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung wurde der Tagesordnungspunkt bereits umfassend erläutert und beraten.

In der Ratssitzung ergeben sich hierzu keine weiteren Wortmeldungen. Anschließend erfolgt die Abstimmung.

### **Beschluss über die Jahresrechnung 2017**

Der Rat beschließt mehrheitlich gemäß § 129 Abs 1. Satz 3 NKomVG die vorliegende Jahresrechnung 2017. Der Jahresüberschuss des Ergebnishaushaltes beträgt 10.711.830,26 €.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 12 |
| Nein:       | 0  |
| Enthaltung: | 3  |

Damit hat der Rat mehrheitlich, die vorliegende Jahresrechnung 2017 beschlossen.

### **Beschluss über die Entlastung der Bürgermeisterin**

Der Rat beschließt mehrheitlich gemäß § 129 Abs 1. Satz 3 NKomVG, die im Jahre 2017 amtierende Bürgermeisterin, Frau Regina Neuke, zu entlasten.

#### **Abstimmungsergebnis:**

|             |    |
|-------------|----|
| Ja:         | 10 |
| Nein:       |    |
| Enthaltung: | 5  |

Damit hat der Rat die Entlastung der im Jahre 2017 amtierenden Bürgermeisterin, Frau Regina Neuke, mehrheitlich beschlossen.

**5            Erwirkung eines Angebots-Bebauungsplans gemäß § 30 Abs. 1 BauGB  
sowie Änderung/ Anpassung des Flächennutzungsplans im Bereich des  
ehemaligen Flugfeld Lemwerder  
Hier: Beschluss zur Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages  
zwischen SUNVEST Germany GmbH und der Gemeinde Lemwerder  
Vorlage: FB 4/009/2025-26-1**

Die „Sunvest GmbH“ beabsichtigt, einen Großteil des ehemaligen Flugfelds in Lemwerder für ein Vorhaben in den Bereichen Freiflächenphotovoltaik, Batteriespeicherung und grüner Wasserstoff zu nutzen.

Für die Realisierung des Vorhabens sind die Aufstellung eines Bebauungsplans sowie die Anpassung des Flächennutzungsplans erforderlich. Die damit verbundenen Kosten trägt die „Sunvest GmbH.“

Die Vorberatung erfolgte am 13.02.2025 im Ausschuss für Finanzen und Gemeindeentwicklung.

In seiner Sitzung am 27.03.2025 beschloss der Rat, die weiteren Schritte zur Bauleitplanung durch den Abschluss eines städtebaulichen Vertrags vorzubereiten und den Vertragsentwurf dem politischen Gremium vorzulegen. Der Vertragsentwurf wurde durch die Verwaltung erarbeitet und auf Wunsch des Rates zur Würdigung der Interessen durch einen entsprechend spezialisierten Fachanwalt geprüft. Dieser gab in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung am 07.05.2026 eine umfassende Stellungnahme ab.

Die Endfassung des städtebaulichen Vertrags wird daraufhin durch die Verwaltung erarbeitet und liegt den Ratsmitgliedern bereits vor. Es ergaben sich keine weiteren Anmerkungen oder Einwände zum Vertrag.

An der unmittelbar vor der heutigen Ratssitzung stattfindenden Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Gemeindeentwicklung nahmen die zuständigen Projektmanager der „Sunvest GmbH“ teil. Sie gaben eine Stellungnahme ab und beantworteten die Fragen der Ratsmitglieder.

In der Ratssitzung gab es keine weiteren Wortmeldungen. Es erfolgt die Abstimmung.

Der Rat beschließt einstimmig die Aufstellung eines Angebotsbebauungsplans mit Änderung des Flächennutzungsplans für einen im weiteren Planungsstadium noch genau darzustellenden Umrang des ehemaligen Flugfeldes Lemwerder. Der Bebauungsplan wird im Regelverfahren nach Baugesetzbuch (BauGB) durchgeführt. Es wird dazu ein städtebaulicher Vertrag geschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

|       |    |
|-------|----|
| Ja:   | 15 |
| Nein: | 0  |

|             |   |
|-------------|---|
| Enthaltung: | 0 |
|-------------|---|

Damit ist die Aufstellung eines Angebotsbebauungsplans einschließlich der Änderung des Flächennutzungsplans für einen im weiteren Planungsverfahren noch näher zu bestimmenden Bereich des ehemaligen Flugfelds Lemwerder und Schließung des städtebaulichen Vertrages geschlossen.

**6 Wahl eines Vertreters des Gemeinderates für die  
Gesellschafterversammlung des Interkommunalen Gewerbepark  
Wesermarsch GmbH  
Vorlage: BÜ/030/2026**

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass der Rat in seiner Sitzung am 30.10.2025 mehrheitlich beschlossen hat, dass sich die Gemeinde Lemwerder an der interkommunalen Gesellschaft zur Entwicklung bedeutender gewerblicher Flächen, der „Interkommunaler Gewerbepark Wesermarsch GmbH“, beteiligt. Der Gesellschaft gehören der Landkreis Wesermarsch sowie alle neun kreisangehörigen Kommunen, darunter drei Städte und sechs Gemeinden, an.

Die Gesellschaft wurde im März 2026 gegründet und ist in das Handelsregister eingetragen worden.

Neben der Hauptverwaltungsbeamtin ist für die Gemeinde Lemwerder ein Vertreter des Gemeinderates in die Gesellschafterversammlung der „Interkommunaler Gewerbepark Wesermarsch GmbH“ zu entsenden. Die Entsendung erfolgt gemäß § 138 Abs. 1 Satz 1 NKG durch Wahl im Gemeinderat.

Bürgermeisterin Winkelmann erläutert, dass die Gesellschafterversammlung in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nur einmal zusammentritt. Für diese Sitzung ist in der heutigen Ratssitzung ein Vertreter zu wählen.

Nach dem Ende der Legislaturperiode werden in der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Rates neben dieser Vertretung auch weitere Vertreter, beispielsweise für die Versammlung der Wohnungsbaugesellschaft, neu gewählt.

In der unmittelbar vor der Ratssitzung stattfindenden Sitzung des Verwaltungsausschusses haben sich Ratsfrau Bianka Ludwig und Ratsherr Harald Helling für den Sitz in der Gesellschafterversammlung beworben.

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, fragt die anwesenden Ratsmitglieder, wer die Auszählung der Stimmen übernehmen möchte. Ohne weitere Wortmeldungen erklären sich die Ratsherren Bade und Ruminski hierzu bereit.

Die geheime Wahl findet in der Zeit von 20:57 Uhr bis 21:00 Uhr statt. Die Wahl beginnt mit Ratsherrn Rohde und wird anschließend in Sitzreihenfolge im Uhrzeigersinn fortgesetzt.

Das von den Ratsherren Bade und Ruminski ermittelte Wahlergebnis wird durch die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, bekannt gegeben:

**Abstimmungsergebnis:**

|                                      |    |
|--------------------------------------|----|
| Gesamtanzahl der abgegebenen Stimmen | 15 |
| Ungültige Stimmen                    | 0  |
| Stimmen für Ratsherr Helling         | 8  |

|                             |   |
|-----------------------------|---|
| Stimmen für Ratsfrau Ludwig | 6 |
| Enthaltungen                | 1 |

Damit ist Ratsherr Harald Helling als Vertreter der Gemeinde Lemwerder für die Sitzung der Gesellschafterversammlung der „Interkommunaler Gewerbepark Wesermarsch GmbH“ gewählt worden.

## **7 Beratung schriftlich eingegangener Anfragen von Ratsfrauen und Ratsherren**

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass Ratsherr H. Schöne mit Datum vom 21.08.2026 eine Anfrage gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss, die Ratsausschüsse und die Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gestellt hat.

Die vorliegende Anfrage bezieht sich auf das Carsharing-Angebot in der Gemeinde und nimmt inhaltlich Bezug auf eine am 10.03.2026 von Ratsherr H. Schöne versandte E-Mail. Der Inhalt der E-Mail ist in der Anfrage wiedergegeben.

Bürgermeisterin Winkelmann erläutert, dass die Anfrage wie von der FDP beantragt bis zum 31.08.2026 beantwortet wird. Sie beabsichtigt, die Beantwortung nicht nur Ratsherrn H. Schöne, sondern allen Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Die Anfrage und die Antwort werden dem Sitzungsprotokoll als **Anlage** beigelegt.

Ratsherr H. Schöne erläutert seine Anfrage. Er führt aus, dass er am 10.03.2026 eine E-Mail mit Fragen zum „Carsharing“ an die Bürgermeisterin gestellt hat und diese Fragen bis zum heutigen Tage noch nicht beantwortet wurden.

Aus diesem Grund hat er die Anfrage gemäß § 16 der Geschäftsordnung in die heutige Ratssitzung eingebracht.

Er möchte klären, ob sich die Gemeinde Lemwerder ein „Carsharing-Angebot“ leisten kann. Die FDP-Fraktion unterstützt das Angebot uneingeschränkt.

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, fragt Ratsherrn H. Schöne, ob er damit einverstanden ist, dass die Beantwortung seiner Fragen bis Montag, 31.08.2026, erfolgt.

Ratsherr H. Schöne erklärt sich damit einverstanden.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht und der Tagesordnungspunkt wird geschlossen.

## **8 Einwohnerfragestunde**

Die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner richten in der heutigen Sitzung folgende Fragen an den Rat und/oder die Verwaltung:

### **1. Mittagsverpflegung in der Ganztagschule**

Ein Einwohner erkundigt sich, ob Mitglieder den Ablauf der Ganztagschule besichtigt haben, um sich einen Überblick über die Situation vor Ort zu verschaffen. Für den Fall eines bereits erfolgten Besuchs bittet er um Auskunft über die dabei gewonnenen Eindrücke und die festgestellten Veränderungsmöglichkeiten. Sofern noch keine Beobachtung stattgefunden hat, bittet er um Mitteilung der Gründe. Er bittet die Fraktionsvorsitzenden um eine entsprechende Stellungnahme.

Ratsherr H. Schöne teilt für die FDP-Fraktion mit, dass er bereits Kontakt zur Schulleitung, Frau Glimm, aufgenommen hat. Mit ihr hat er vereinbart, in der 37. Kalenderwoche die Mensa zu besuchen, um sich ein Bild von der Mittagsverpflegung zu machen. Frau Glimm weist nach seiner Auskunft darauf hin, dass eine Begehung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch zu früh sei, da sich der Betrieb zunächst einspielen müsse.

Ratsfrau Ludwig erklärt für die CDU/NFL-Gruppe, dass sie sich dem vereinbarten Termin gerne anschließen möchte. Für die CDU/NFL-Gruppe sei es wichtig, sich ein eigenes Bild von der Situation vor Ort zu machen. Darüber hinaus teilt sie mit, dass sie von einem besonderen Ablauf in der Frühbetreuung gehört habe und sich auch hierzu gerne einen Überblick verschaffen möchte.

Ratsherr Schwarz führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus, dass die in der heutigen Sitzung verhinderten Ratsfrauen Warnken und Rosenow mit dem Thema bereits vertrauter seien. Er werde die Angelegenheit entsprechend weitergeben. Sofern es ihm zeitlich möglich sei, werde er ebenfalls an dem von Ratsherrn H. Schöne mit der Schulleitung vereinbarten Termin teilnehmen.

Bürgermeisterin Winkelmann teilt mit, dass auch die Fachbereichsleitung, Frau Zander, und sie die Mensa besuchen möchten, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Sie führt aus, dass man mit 3 Phasen gestartet sei. An den ersten beiden Schultagen des neuen Schuljahres waren „nur“ die Schüler\*innen der Klasse 2 anwesend. Nach der erfolgten Einschulung sind dann die Schüler\*innen der 1. Klasse hinzugekommen. Seit dieser Woche sind auch die Schüler\*innen der Oberschule und des Gymnasiums in der Mensa zur Einnahme der Mittagsverpflegung vertreten.

Seitens des Personals sei jedoch signalisiert worden, dass sich noch keine Routine eingestellt habe, deshalb wurde vereinbart noch etwas zu warten.

Bürgermeisterin Winkelmann regt an, einen gemeinsamen Termin von Rat und Verwaltung zu vereinbaren und diesen mit den Mitarbeitenden der Mensa und der Schulleitungen abzustimmen.

Ratsherr Ruminski führt für die SPD-Fraktion aus, dass er es „faszinierend“ finde, wie sich die Verwaltung an die Fraktionen wende, um Informationen über die eigene Schule zu erhalten.

Bürgermeisterin Winkelmann bittet Ratsherrn Ruminski, seine Aussage zu erläutern. Dieser erklärt, seine Äußerung könne dem Protokoll entnommen werden, da alles schriftlich festgehalten werde.

Bürgermeisterin Winkelmann bittet Ratsherrn Ruminski daraufhin um eine Stellungnahme zu der von dem Einwohner eingangs gestellter Frage.

Ratsherr Ruminski teilt mit, dass er selbst bislang noch nicht vor Ort gewesen sei. Er verfüge jedoch über gute Kontakte zur Schulleitung Frau Glimm. Diese habe ihm mitgeteilt, dass sich der Betrieb derzeit „geraderückt“.

Der Einwohner bittet darum, auch im weiteren Verlauf, insbesondere im Herbst und Winter, entsprechende Eindrücke von der Situation vor Ort zu gewinnen.

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, berichtet, dass sie am heutigen Abend aufgrund der Tatsache, dass sie ein Kind in der Ganztagsbetreuung habe, am Elternabend teilgenommen habe. Die anwesenden Eltern hätten dort mitgeteilt, dass der Start positiv verlaufen sei und sich der Betrieb an einigen Stellen noch einspielen müsse. Dies sei nach ihrer Einschätzung normal.

Bürgermeisterin Winkelmann wendet sich erneut an Ratsherrn Ruminski und bittet ihn, seine zuvor getätigte Aussage zu konkretisieren. Sie bittet um Erläuterung, was der Verwaltung unterstellt wird.

Ratsherr Ruminski erklärt, dass er der Verwaltung nichts unterstellt habe. Er habe erwartet, dass die Verwaltung auf die Fraktionen zugehe und frage, ob ein gemeinsamer Vor-Ort-Termin darstellbar sei. Nun erfolge dies aus seiner Sicht in umgekehrter Reihenfolge.

Bürgermeisterin Winkelmann führt aus, dass der Betrieb in dieser Form erst seit einer Woche stattfinde und den Mitarbeitenden vor Ort zunächst ausreichend Zeit gegeben werden müsse, damit sich die Abläufe einspielen könnten.

Die Vorsitzende, Ratsfrau Heller, beendet die Diskussion und bittet um weitere Fragen aus dem Kreis der Einwohnerinnen und Einwohner.

## **2. Allgemeine Frage einer Einwohnerin**

Eine weitere Einwohnerin meldet sich zu Wort. Sie erklärt, sie sei entsetzt darüber, dass Angelegenheiten im Rat hin- und hergeschoben, Beschuldigungen erhoben und bereits zurückliegende Sachverhalte erneut beraten würden.

Sie teilt mit, seit 66 Jahren in der Gemeinde zu leben und erstmals an einer Ratssitzung teilzunehmen. Ein Verhalten, wie es in der heutigen Sitzung gezeigt werde, hätte sie sich in ihrem eigenen Beruf nicht erlauben dürfen. Darüber hinaus äußert sie ihr Unverständnis darüber, wie mit öffentlichen Geldern umgegangen werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Tagesordnungspunkt und die Sitzung werden geschlossen.

Viktoria Heller  
Vorsitzende

Christina Winkelmann  
Bürgermeisterin

Henrik Kroog  
Protokollführer